



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2023

---

**Jeder soll besteuert werden, aber nur einmal. 1923 begann in Genf eine weltweite  
Steuerrevolution**

S Avi-Yonah, Reuven ; Muster, Adrian

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-252110>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

S Avi-Yonah, Reuven; Muster, Adrian. Jeder soll besteuert werden, aber nur einmal. 1923 begann in Genf eine weltweite Steuerrevolution. In: Neue Zürcher Zeitung, 61, 14 March 2023, 31.

# Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 14. März 2023 · Nr. 61 · 244. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.30



BETTMANN / GETTY

## Ein 100 Jahre altes Steuerprinzip

«Jeder soll besteuert werden, aber nur einmal» – diesen Grundgedanken für das Steuerrecht verfolgte der Seligman-Bericht von 1923. Der Völkerbund in Genf (im Bild an einer Sitzung im Jahr darauf) hatte eine Untersuchung zur Doppelbesteuerung internationaler Unternehmen bestellt. Ein Regelwerk ist damals nicht daraus entstanden. 100 Jahre später hat nun eine globale Mindeststeuer das Licht der Welt erblickt. *Feuilleton, Seite 31*

## Schwarzer Montag für amerikanische Regionalbanken

Die Pleite im Silicon Valley erschüttert das Vertrauen der Anleger

CHRISTOF LEISINGER, NEW YORK

«Was immer auch für die Sicherung nötig ist» – mit diesen Worten versuchte der amerikanische Präsident Joe Biden am Montag, das allgemeine Vertrauen in die Sicherheit der Bankeinlagen wiederherzustellen. Er doppelte damit den verkappten Rettungsmassnahmen des Finanzministeriums, der Notenbank und des Einlagensicherungsfonds vom Wochenende nach. Das Vertrauen war angeknackst, nachdem die kalifornische Silicon Valley Bank innerhalb von zwei Tagen in die Pleite geschlittert war und es zunächst so ausgesehen hatte, als ob viele Anleger einen grossen Teil ihrer dort parkierten Vermögen verlieren würden.

### Noch keine Entspannung

Die Wall Street jedoch lässt sich nicht so einfach davon überzeugen. Dort ist es zu Wochenbeginn zu einer Art «schwarzem Montag» für die Aktien kleinerer und mittelgrosser US-Banken gekommen. Die Papiere der First Republic Bank mussten im Tagesverlauf Kurseinbussen von bis zu 76 Prozent hinnehmen, nachdem sie im Rahmen der Turbulenzen schon in der vergangenen Woche unter Druck gekommen waren. Sie konnten sich im Tagesverlauf zwar auf dem tiefsten Stand seit zwölf Jahren leicht erholen, aber für die von offizieller Seite erwünschte Entspannung der Gemüter war das wohl kaum genug.

Schliesslich verzeichneten auch die Papiere vergleichbarer, eher regionaler

Finanzunternehmen wie etwa Comerica mit Hauptsitz in Detroit, Keybank aus Cleveland, Zions Bancorp aus Salt Lake City, Huntington Bancshares mit der Zentrale in Columbus, Ohio, Truist Financial aus North Carolina, Fifth Third Bancorp aus Cincinnati oder Jack Henry & Associates aus Monett im Midwest-Gliedstaat Missouri Tagesverluste von 10 bis 26 Prozent. Offensichtlich zwei-

### Kollaps von US-Bank

Europäische Banken: Wie gross sind die Risiken? Seite 21

Kommentar: Washington setzt einen gefährlichen Standard. Seite 19

feln Anleger derzeit an der Substanz von deren Bilanzen, oder sie rechnen mit einer stärkeren Regulierung, welche die Ertragsaussichten dämpfen würde.

Das offensichtliche Misstrauen hat unter anderem mit Donald Trump zu tun. Schliesslich hatte der selbsternannte «König der Schulden» während seiner Amtszeit auf Anraten republikanischer Interessenvertreter dafür gesorgt, dass Regulierungsmassnahmen gelockert wurden. Die Dodd-Frank Act war nach der grossen Finanzkrise beschlossen worden und sollte durch die Einführung strengerer Eigenkapitalvorschriften sowie weiterer Massnahmen dafür sorgen, dass die Manager von Finanzunternehmen keine unvernünftigen Risiken auf Kosten der Steuerzahler eingehen kön-

nen und dass das Finanzsystem als solches stabiler werde.

Seitdem hatten Banken mit einer Bilanzsumme von bis zu 250 Milliarden Dollar aufgrund angeblich fehlender systemischer Bedeutung grössere Freiheiten als die Giganten der Industrie – und offensichtlich wussten sie diese auszunutzen. Dem Vernehmen nach waren verschiedene Institute darauf bedacht, unter dieser Schwelle zu bleiben, auch die Silicon Valley Bank (SVB).

### Wo waren die Rating-Agenturen?

Genau diese Tatsache und das seltsame Verhältnis des ehemaligen SVB-Chefs Greg Becker zum lokalen Anleger der amerikanischen Zentralbank in San Francisco mögen dazu beigetragen haben, dass das Institut trotz seiner extrem riskanten Bilanzstruktur durch die Maschen der Aufsichtsbehörden gefallen war. Auch viele Anlageberater und die Rating-Agenturen haben sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert, als sie das Institut bis zuletzt weiterempfohlen oder nicht vor den Risiken warnten.

Es überrascht demzufolge nicht, dass nun die regierenden Demokraten in Washington das Rad nach den jüngsten Turbulenzen zurückdrehen und auch kleinere Finanzinstitute wieder stärker regulieren wollen. Auch Präsident Joe Biden forderte den Kongress auf, die Regulierungsvorschriften zu verschärfen. Damit hätte das jüngste Missmanagement im Silicon Valley weitere Konsequenzen.

## SP-Präsident geht auf Distanz zu Berset

Kritik am Ruf nach Verhandlungen mit Russland

Bundespräsident Alain Berset geht bei der Verteidigung der Schweizer Neutralität in die Offensive. Indirekte Waffenhilfe für die Ukraine lehnt er kategorisch ab. SP-Präsident Cédric Wermuth ist verärgert.

DAVID BINER, BERN

Alain Berset gibt der «NZZ am Sonntag» ein Interview. Und Bundesbern tobt. Vor allem Politiker aus der Mitte und der FDP echauffieren sich über die Aussagen des Bundespräsidenten, wonach die Schweizer Regierung die Weitergabe von Rüstungsgütern an die Ukraine weiterhin untersagen wird. Mehr noch: Der SP-Bundesrat spürt einen «Kriegsrausch in gewissen Kreisen» und spricht sich für Verhandlungen mit Russland aus – «je früher, desto besser».

Nun geht auch Cédric Wermuth auf Distanz zum eigenen Bundesrat. Er teile Bertschs Wunsch nach einem Ende des Blutvergiessens, sagt der SP-Co-Präsident im Gespräch mit der NZZ, nicht aber dessen Analyse und die Schlussfolgerungen. «Im Moment gibt es schlicht keine Perspektive für Verhandlungen.» Wermuth wirft der Regierung vor, nicht kohärent genug vorzugehen und sich hinter der Neutralität zu verstecken. «Sie können davon ausgehen, dass wir diese Haltung unseren Bundesräten sehr deutlich mitteilen.»

### Bundesrat festigt seine Position

Bertschs Interview war der Kulminationspunkt einer emotionalen Woche in Bundesbern. Die SP, die FDP und die Mitte hatten in beiden Parlamentskammern vergeblich versucht, das verschärfte Kriegsmaterialgesetz (KMG) zu lockern, damit Länder wie Deutschland, Spanien oder Dänemark ihr vor Jahren in der Schweiz gekauftes Rüstungsmaterial an die Ukraine weiterreichen könnten. Die drei Parteien hätten in der Regierung eigentlich eine komfortable Fünf-zu-zwei-Mehrheit. Aber die Dynamiken und Tempi im Parlament und im Bundesrat könnten unterschiedlicher nicht sein.

Während sich die Parteien an den bestehenden Gesetzen und an sich selbst zusehends aufreissen, hat der Bundesrat seine Position inzwischen gefestigt. Diese offenbarte sich in Bertschs Interview bereits zum vierten Mal innerhalb einer Woche. Die ersten beide Male im Rahmen der laufenden Frühlingssession, wo sich die Regierung gegen die Lockerung des KMG ausgesprochen hatte und darin von Mehrheiten in den beiden Parlamentskammern gestützt worden war. Am Freitag landete das Thema dann in der Bundesratssitzung; dem Vernehmen nach auf Antrag von Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP), dessen Departement die entsprechenden Gesuche anderer Staaten um eine Wiederausfuhr der Waffen zu bewilligen hat. Die Regierung nehme die Debatte im Parlament zur Kenntnis und bestätige ihre ablehnende Haltung hinsichtlich einer Bewil-

ligung der Wiederausfuhr von Kriegsmaterial, war der Tenor des Gremiums.

Berset ist das erste Regierungsmitglied, das die Schweizer Neutralität offensiv verteidigt. Er verweist nicht nur auf die bestehenden Gesetze, die noch kurz vor dem Angriff Russlands vom Parlament verschärft wurden und die dem Bundesrat nun keinen Spielraum lassen. Er weist auch die zunehmende Kritik der EU-Staaten zurück. Er verstehe, dass andere Länder eine andere Haltung hätten. «Aber die Schweizer Position muss ebenfalls respektiert werden.» Seine Botschaft: Je mehr Druck von aussen, desto starrer werde man am Status quo festhalten.

Bertschs Aussagen sind aber auch gespickt mit Codes, die sich vor allem nach innen richten. Die Kritik am Parlament, das KMG gegen den expliziten Willen des Bundesrats damals verschärft zu haben, gehört mittlerweile zur breit abgestützten Wortregelung der Gesamtregierung. Mit seiner klaren Wortwahl («Jetzt ist Stabilität gefragt») will sich Berset aber auch vom FDP-Bundesrat Ignazio Cassis

### Neutralitätspolitik

Cédric Wermuth: Der SP-Co-Präsident bejaht das Recht auf Verteidigung. Seite 9

Kommentar: Der Bundesrat zelebriert den Sonderfall. Seite 19

abgrenzen, seinem Vorgänger als Bundespräsident. Dessen Lancierung einer Debatte über eine neue, «kooperative» Neutralität habe die Regierung zuletzt willfährig erscheinen lassen, heisst es heute im Innendepartement. Berset habe hier Klarheit schaffen wollen.

### Amherd auf Linie gebracht

Mit seinem selbstbewussten Auftritt will Berset aber offenbar auch deutlich machen, dass mit ihm vorläufig noch zu rechnen ist – Affären und internes Misstrauensvotum nach den sogenannten «Corona-Leaks» hin oder her. Die Position des Gesamtbundesrats sei nicht nur klar, «sie entspricht auch meiner persönlichen Haltung», betonte Berset im Interview. Der Machtmensch will seine Stellung in der Regierung wieder behaupten, während Verteidigungsministerin Viola Amherd (Mitte) ihren Standort sucht in dieser Debatte.

Jüngst rang sie öffentlich mit der offiziellen Position des Bundesrats. Diese sei «wenig hilfreich», sagte die Bundesrätin noch am Samstag vor den Delegierten der Offiziersgesellschaft. Amherd gehe es vor allem darum, die Fronten gegenüber ihren Ansprechpartnern im Ausland nicht weiter zu verhärten, heisst es nun im Verteidigungsdepartement. Sie befürchtet offenbar, dass die offizielle Haltung des Bundesrats und die Haltung der Mehrheit des Parlaments der Schweiz schaden – auch in anderen Geschäften wie etwa dem EU-Dossier. Schliesslich musste aber auch Amherd umschwenken. In der Fragestunde des Parlaments bekannte sie sich am Montagmittag zur offiziellen Haltung des Bundesrats.

# Jeder soll besteuert werden, aber nur einmal

1923 begann in Genf eine internationale Steuerrevolution, angeregt vom Völkerbund. Doch der Gründergeist ist heute verfliegen

REUVEN S. AVI-YONAH, ADRIAN MUSTER

Die internationale Besteuerung hat sich in den letzten Jahren gewandelt – viele sprechen von einer Steuerrevolution. Konzerne wie Apple, Amazon oder Google gerieten wegen Steuervermeidung in Kritik. Daraufhin intensivierten die Länder der G 7 und G 20 ihre Bemühungen, die Gewinnsteuern international zu koordinieren. 2021 einigten sich über hundert Staaten auf einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent für grosse multinationale Unternehmen.

Wenig bekannt ist, dass einflussreiche Ökonomen das Dilemma eines internationalen Steuerregimes bereits vor hundert Jahren diskutiert haben: Welches Einkommen soll in welchem Staat besteuert werden? Welcher Gewinn eines multinationalen Unternehmens darf wo steuerlich belastet werden? Wie lässt sich der Ort der wirtschaftlichen Tätigkeit überhaupt genau bestimmen?

## Höchste Dringlichkeit

Diesen Fragen widmete sich nach dem Ersten Weltkrieg der Völkerbund in Genf. Zwar neigte die zur Schaffung eines dauernden Friedens neu gegründete Institution zunächst dazu, Wirtschaftsfragen eher zu vernachlässigen. Doch forderte die Satzung des Völkerbunds auch die «Freiheit des Verkehrs» und die «Durchfuhr sowie die gerechte Regelung des Handels aller Bundesmitglieder» – Anliegen von höchster Dringlichkeit angesichts des verheerenden Weltkriegs, der die Wirtschaftskraft vieler Länder gebrochen und die Einkommensteuern in die Höhe getrieben hatte.

Der Finanzausschuss des Völkerbunds beauftragte 1921 vier Ökonomen, die Auswirkungen der Doppelbesteuerung zu untersuchen. Mit ihr sollte zumindest eines der vielen Handelshemmnisse bekämpft werden, auch wenn die Doppelbesteuerung damals selbst für Finanzexperten noch ein exotisches Thema darstellte. Der Seligman-Bericht zur Doppelbesteuerung wurde im April 1923 veröffentlicht. Sein Namensgeber war der Ökonom Edwin R. A. Seligman (1861–1939), der ihn hauptsächlich erarbeitet hatte.

Die Berufung dieses heute vergessenen Amerikaners war bemerkenswert. Denn die Vereinigten Staaten hatten



Der Ökonom Edwin R. A. Seligman meinte 1895: «Wir müssen von der Schweiz lernen.»

HULTON / CORBIS / GETTY

sich zuerst geweigert, dem Völkerbund beizutreten. Zugleich waren sie die weltweit grösste Volkswirtschaft und setzten sich bereits ihrerseits für die Reduktion der Doppelbesteuerung ein: Die 1919 eingeführte «ausländische Steuergutschrift» rechnete im Ausland bezahlte Steuern in den USA an. Es ergab also Sinn, dass sich mit Seligman auch ein renommierter amerikanischer Steuerexperte im Völkerbund engagierte.

Edwin Seligman stammte aus einer wohlhabenden jüdischen Bankiersfamilie in New York City. Seine internationale Ausstrahlung in Asien und Europa und sein breites Netzwerk blieben in den USA weitgehend verborgen. Geld und Geist, heute oftmals Gegensatzpaare, waren in Seligmans Denken noch eng miteinander verbunden. Er war redigewandt und kulturell vielseitig interessiert. Bleibende Impulse erhielt er während seines Studiums in Europa,

etwa vom Heidelberger Volkswirt Karl Knies. Seligman beeinflusste die Steuerpolitik in den USA, engagierte sich in Bürgerbewegungen und zeichnete sich als Philanthrop aus.

Ein Bischof bezeichnete ihn einmal als den «besten Christen in New York». Seligman förderte auch ausländische Studierende. So etwa promovierte bei ihm als erste Frau an der Columbia University Mabel Ping-Hua Lee, eine stadtbekanntes Suffragette, mit einer Studie über chinesische Wirtschaftsgeschichte.

## Schweizer Versuchslabor

Ein wichtiges Vorbild für den Seligman-Bericht, wie auch für viele bedeutende Finanztheoretiker seit Ende des 19. Jahrhunderts, war die Steuerlandschaft der Schweiz. Die ersten Schritte zur Steuerkoordinierung zwischen den Schweizer Kantonen in den 1860er Jahren wurden

seinerzeit als wegweisend eingeschätzt. Der deutsche Finanzwissenschaftler Georg von Schanz beschrieb den Kleinstaat 1890 als pulsierende Demokratie, ein «Versuchsfeld des Radikalismus, aber auch ein Versuchsfeld für die Erprobung mancher Vehikel des künftigen Fortschritts der Völker».

Der Appenzeller Emil Zürcher, der an der Universität Zürich lehrte, hatte 1882 den bis dahin bedeutendsten analytischen Schritt zur Koordinierung unterschiedlicher Steuersysteme unternommen. Zürchers Vorarbeiten wurden von Wissenschaftlern, die später über internationale Doppelbesteuerung publizierten, weltweit anerkannt. Seligman meinte 1895 schlicht: «Wir müssen von der Schweiz lernen.»

Der Seligman-Bericht von 1923 gründet auf zwei besonders erwähnenswerten Prinzipien. Zum einen vertritt er die Auffassung, dass transnationales Einkom-

men durchwegs nur ein einziges Mal besteuert werden soll. In den USA wurde oft vom «Single Tax»-Prinzip gesprochen. Seligman hatte bereits Ende des 19. Jahrhunderts gefordert, «dass das gesamte Leistungsvermögen des Einzelnen besteuert werden sollte, aber nur einmal».

Zum andern äussert sich der Seligman-Bericht zur Aufteilung der Besteuerungsrechte, welche nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgen soll. Neben dem Produktionsland sollten auch die jeweiligen Verkaufsorte einen Teil des Einkommens besteuern können, da es ohne Verkäufe kein Einkommen gäbe. Die Aufteilung könne unter Verwendung von Formeln erfolgen, wie sie damals zwischen den Schweizer Kantonen oder den amerikanischen Bundesstaaten bereits bekannt waren. Bis heute erfolgt die Koordination in den Abkommen zur Doppelbesteuerung nach einzelnen Einkommenskategorien, einer vom Seligman-Bericht geschaffenen Grundlage.

## Unvollständige Umsetzung

Ein einheitliches völkerrechtliches Regelwerk, wie es der Seligman-Bericht befürwortete, gibt es bis heute nicht. Die derzeit über 3000 bilateralen Steuerabkommen lassen noch viel Spielraum für Doppelbesteuerung und auch für doppelte Nichtbesteuerung. Dieses Netzwerk bilateraler Verträge ist nicht flexibel, es ist schlecht an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst, geschweige denn an die digitale Wirtschaft.

Vergleicht man die Ambitionen des Seligman-Berichts mit der Steuerrevolution unserer Zeit, fällt vor allem etwas auf. Um es mit Adam Smith zu sagen: Vor hundert Jahren ging es um nichts Geringeres als den «Reichtum der Nationen», den Seligman und seine Kollegen nach dem Weltkrieg aufbauen wollten – angeleitet von einem kapitalistischen, kosmopolitischen Optimismus. Diesen bringt man heute mit dem internationalen Steuerregime allerdings nicht mehr in Verbindung.

Reuven S. Avi-Yonah ist Rechtsprofessor und Direktor des International Tax LLM Program an der Universität Michigan. Er war Berater des US-Finanzministeriums und der OECD zum Thema Steuerwettbewerb. Adrian Muster ist Steueranwalt in Bremgarten und Autor einer Monografie über Edwin R. A. Seligman und die Entwicklung des internationalen Steuerregimes im Jahr 1923 (in Vorbereitung).

# Das literarische Gewissen Japans

Kenzaburo Oe nahm als Schriftsteller nie ein Blatt vor den Mund. Nun ist der Nobelpreisträger 88-jährig verstorben

LEOPOLD FEDERMAIR

Kenzaburo Oe, 1935 in einem Dorf auf der abgelegenen japanischen Insel Shikoku geboren, repräsentierte neben Yukio Mishima das Geistesleben der japanischen Nachkriegszeit. Anders als Mishima, der seinem Leben frühzeitig ein Ende setzte, neigte er nicht zum Nationalismus, sondern engagierte sich für ein friedliches, weltoffenes Japan. In seiner Heimat sahen ihn manche als Autor, dessen Werk in westlichen Literaturtraditionen wurzelt. Falsch ist das nicht, aber hinzuzufügen wäre, dass dies im Grunde genommen für die gesamte moderne japanische Literatur seit der Meiji-Zeit gilt: Insofern wäre Oe eben doch ein Repräsentant seiner Zunft.

## Unjapanische Erzählungen

In jungen Jahren verliess er seine Insel, die der wichtigste Schauplatz seines Erzählens blieb, um in Tokio an der Waseda-Universität Romanistik zu studieren. Neben seiner Herkunft prägten ihn die frühen Jahre des Studiums und besonders sein Lehrer Kazuo Watanabe, der japanische Übersetzer von François Rabelais. Es war die Blütezeit des Existenzialismus; die frühen Lektüren, besonders Albert Camus, aber auch der

heute wenig bekannte Pierre Gascar hinterliessen tiefe Spuren in seinem Werk.

Doch vermutlich sind es nicht die literarischen Einflüsse, die Oes Bücher als «unjapanisch» erscheinen liessen, sondern der nie nachlassende kritische Geist, den er in Romanen ebenso wie in Essays und Stellungnahmen zum Zeitgeschehen, auch in der Teilnahme an politischen Aktionen entfaltete. Frei heraus Kritik zu üben, ist bis heute in Japan verpönt, doch Oe wollte nie ein Blatt vor den Mund nehmen.

1963 fuhr er nach Hiroshima, traf Atombombenopfer, sprach mit Ärzten und gab in seinen Berichten ein Bild, das von der offiziellen Darstellung abwich. Später warnte er vor den Gefahren der Atomenergie und wurde nach dem Unfall in Fukushima 2011 noch einmal zur Symbolfigur, die zeigte, dass es in Japan immer noch etwas wie Widerstand gab.

## Erfahrung und Obsession

Alle Bücher Kenzaburo Oes haben bald mehr, bald weniger deutlichen autobiografischen Gehalt oder Hintergrund. 1964 wurde sein geistig behinderter Sohn Hikari geboren, ein einschneidendes Ereignis für den noch jungen Autor und Vater. Es wurde sogar gemunkelt, diese Thematik in seinem Werk sei aus-

schlaggebend gewesen für die Verleihung des Nobelpreises 1994 an ihn.

Warum auch nicht, zeitigte die persönliche Erfahrung, die zur literarischen Obsession wurde, doch eine Reihe von aussergewöhnlichen Werken. In einem 1983 erschienenen Buch versucht Oe seinen Sohn durch die Brille der mystischen Poesie William Blakes zu verstehen. «Rouse Up O Young Men of



Kenzaburo Oe  
Schriftsteller

the New Age» ist der englische Titel mit Blake-Zitat, auf Japanisch klingt er schlichter. In dieser Zeit begann sich Oe intensiv mit Lyrik und Mystik zu beschäftigen, etwa mit den Gedichten T. S. Eliotts oder den Schriften Simone Weils.

Gleichzeitig wird die Erzählweise immer verschlungener, komplexer, was nach und nach dazu führt, dass Oe in Japan seinen Status als weithin geschätzter Stern am Literaturhimmel einbüsst,

während sein internationales Renommee wächst. Die Sprache seiner Werke ist metaphorisch, funkelnd, die Semantik dicht, die Sätze wohlgedreht.

## Entschieden schriftlich

In «Reisst die Knospen ab» (1958), einem in Anbetracht der Jugend des Autors erstaunlich reifen Kunstwerk, wird das erschütternde Schicksal einer Gruppe von Jugendlichen erzählt, die aus einer Besserungsanstalt evakuiert werden und die winterlichen Wälder von Shikoku durchqueren müssen. Doch die Art, wie diese Geschichte ins Werk gesetzt wird, macht die Lektüre zu einem Glückserlebnis, das den schrecklichen Verhältnissen entgegensteht.

Diese schöpferische, poetische Kraft und Frische ist nach und nach aus Oes Büchern gewichen. Gewonnen haben sie an Komplexität, Vielseitigkeit, Gelehrsamkeit, und auch dies können die Liebhaber seiner Literatur geniessen. Oe schuf sich für diese Romane ein Alter Ego, dem er den Namen Choko Kogito gab – ein Hinweis auf den mittlerweile sehr reflexiven und selbstreflexiven Charakter seines Erzählens.

Das Problem, mit dem Oe selbst in seinen letzten Lebensjahrzehnten mehr oder minder erfolgreich kämpfte, lässt

sich als Spätstil identifizieren. Sein Freund, der palästinensisch-amerikanische Literaturtheoretiker Edward Said, schrieb ein Buch mit dem Titel «On Late Style», eine Art von Poetik des Spätstils in Literatur und Musik. Oe nannte seinen letzten Roman, in dem Said als Figur vorkommt, «In Late Style» – so der japanische Titel, mit Katakana-Zeichen geschrieben. Dieses selbstreflexive Alterswerk zeichnet ein düsteres Bild der Welt nach dem verheerenden Tsunami im März 2011, als eine neuerliche atomare Katastrophe drohte. Wie es inzwischen längst seine Gewohnheit war, mixt Oe hier dokumentarische, autobiografische und fiktive Elemente zur (Un-)Kenntlichkeit.

Seit seinen frühesten Werken erzeugt Oes reiche Phantasie immer wieder einmal groteske Szenen und Bilder, die zuletzt mit denen der Wirklichkeit wetteifern. Diese Randgebiete, diese Extreme sowohl geografischer als auch menschlich-individueller und gesellschaftlicher Art ausgelotet, mit Namen benannt und beschrieben zu haben, ist die grosse, die weithin glänzende Leistung Kenzaburo Oes. Der Schriftsteller starb am 3. März im Alter von 88 Jahren, wie sein Verleger in Japan mitteilte. Über die näheren Umstände seines Todes ist nichts bekannt geworden.